

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Ersch.-Büro)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 57.

Berlin, Sonnabend, 17. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Reichstags-Schluss und Ministerwechsel. — Streiks und Ausperrungen in Deutschland im Jahre 1908. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Reichstags-Schluss und Ministerwechsel.

Der Reichstag ist am Dienstag geschlossen worden. Es war seine 282. Sitzung, die er im ersten Teil dieser Legislaturperiode abgehalten hat. Von einer Vertagung bis auf den Herbst hat man abgesehen, um den neuen Männern vollkommen freie Hand zu lassen. In Folge des Schlusses sind nun alle Arbeiten, die zum Teil ihrem Abschluss nahe waren, hinfällig geworden. So auch die Gesetzentwürfe über die Arbeitskammern, die Gewerbeordnung, die Heimarbeit u. a. m. Wenn der Reichstag zu seiner zweiten Tagungsperiode im kommenden Winter zusammentritt, muß die Regierung diese unter den Tisch gefallenen Gesetzentwürfe von neuem wieder einbringen. Das wird wohl auch geschehen, denn ihr Verfasser, der bisherige Leiter des Reichsamts des Innern, Dr. v. Bethmann-Sollweg ist zum Reichskanzler ernannt worden. Der neue Reichskanzler ist ein Staatsmann von hoher rednerischer Begabung und vielseitiger, feiner Bildung. Dazu ein Mann von ehrlicher Lebenswürdigkeit und aufrichtig vornehmer Gesinnung. Wir wünschen ihm, daß seine Arbeit im höchsten Amte der Nation von reichem Segen für das deutsche Volk und Vaterland begleitet sein möchte. Es ist das erste Mal, daß ein Staatsmann, dessen bisherige besondere Aufgabe die Sozialpolitik war, zum Reichskanzler aufgerückt ist. Trotzdem wollen wir nicht zübel von ihm erwarten, um nachher nicht bittere Enttäuschungen erleben zu müssen. Wir wissen nur zu gut, daß starke Kräfte wirken, die eine andere Auffassung vertreten als wir Arbeiter. Für uns Gewerksvereiner bleibt daher nach wie vor die eigene Kraftbetätigung die Hauptsache und wie bisher, so wollen wir auch künftighin uns als eine nationalgesinnte Organisation betätigen, die in der sozialen und wirtschaftlichen Emporhebung der Arbeiterschaft dem ganzen Volke und unserm Vaterlande dienen will.

Fürst Bülow mußte gehen. Das war er sich selbst schuldig. Seine fast zehnjährige Kanzlerschaft hat uns u. a. auch einen verschärften Zolltarif gebracht, der alle Rückwärts nahm auf die Agrarier und auf die in jener Zeit mit diesen gehende Großindustrie, aber keine Rückwärts gelten ließ auf die breiten Massen der Konsumenten. Fürst Bülows Wunsch war es, daß ihm einst ein Leichenstein gesetzt werde mit der Aufschrift: „Hier ruht ein agrarischer Reichskanzler“. Weil ihm die tieferen volkswirtschaftlichen Kenntnisse mangelten, ließ er sich ganz von den Agrariern und den übrigen Schutzöllern einwickeln. Allmählich ist in ihm aber das Verständnis für die wirtschaftlichen Wirkungen dieser einseitigen Politik gewachsen und so versuchte er bei der Finanzreform den ersten Schritt zu tun zu einer Umkehr von dem einseitigen Wege, den er bis dahin zugunsten des Agrariertums eingeschlagen hatte. Seine Absicht, Handel, Gewerbe, Industrie und das gesamte arbeitende Bürgertum im liberalen Sinne zur Geltung kommen zu lassen, auch Konzessionen zu machen an das Verlangen nach einer Aenderung

der Politik in Preußen durch eine Besserung des Wahlrechts, haben ihm den unerbittlichen Haß der Konservativen eingetragen. Schon in den Koömbenkräften hat er sich als ein konstitutioneller Staatsmann erwiesen. Gerühmt zu werden verdient auch seine Stellungnahme in dem Konflikt Oesterreichs am Balkan, der es zu danken ist, daß der drohende europäische Krieg verhindert wurde. Seine wadere Rede, die er vor der interparlamentarischen Konferenz im September v. Js. hielt, soll ihm ebenfalls unvergessen bleiben. Wenn Deutschland endlich wieder eine angesehene Stellung in der Welt einnimmt, so ist es ihm zu danken.

Fürst Bülow schied nicht gern aus seinem Amte. Das geht aus der heftigen Anklage hervor, die er in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Hamburgischen Korrespondenten gegen die Konservativen erhoben hat. In dieser Unterredung macht er allein die von ihm zuerst verhängelten Konservativen für seinen Rücktritt verantwortlich. Von Interesse ist hierbei sein Angriff auf die Konservativen, daß diese jetzt auch das Prinzip des Reichstagswahlrechts in die Debatte wirfen und zwar in einem Moment, wo man den Waffenkonsum erheblich belaste. Bekanntlich hatten die Konservativen erklärt, sie hätten auch um deswillen die erweiterte Erbschaftsteuer abgelehnt, weil sie diese Steuer nicht in die Hand eines Parlaments geben wollten, das auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht beruhe. Damit, so erklärte Fürst Bülow, habe man nur der Sozialdemokratie gedient, der er doch eine schwere praktische und politische bedeutungsvolle Niederlage beigebracht habe, indem die Fraktion von 80 auf 40 Sitze heruntergedrückt wurde. Es sei damit durch ihn der Beweis geliefert worden, daß die Sozialdemokratie auch ohne Ausnahmefälle und ohne Polizeimaßregeln bekämpft und besiegt werden könne. Das Deutschland mache in der Ostmark Fortschritte, die Welken seien 1907 fortgesetzt worden. Wenn das nun alles wieder anders werde, „so werde man darin das schlimmste Ergebnis der Haltung der Konservativen zu sehen haben, die dann als frivoles Spiel mit den Interessen der Monarchie und des Landes erkannt werden würden“. Die Konservativen könnten nicht einwenden, daß sie über seine Haltung im Zweifel gewesen seien. Oft genug habe er gewarnt. Die Konservativen hätten gewußt, daß ihre Taktik ihn zum Rücktritt zwingen mußte.

„Ich habe mich zum Rücktritt entschlossen, weil durch die Haltung der konservativen Partei eine politische Konstellation herbeigeführt worden ist, welche unter Trennung von den liberalen Parteien und sogar von den Waffenbrüdern des alten Bismarckschen Kartells die Konservativen zum engsten Bunde mit dem Zentrum und mit den Polen geführt und dadurch das Zentrum wieder zur ausschlaggebenden Partei gemacht hat. Die Folgen dieser Haltung der Konservativen und die hierdurch herbeigeführte Konstellation haben mein Verbleiben im Amte unmöglich gemacht“.

Dem Gerüde von einem neuen Kulturkampf trat der Fürst entgegen mit dem Hinweis, daß jedermann wisse, wie fern ihm auf konfessionellem Gebiete Ungerechtigkeit, Vorurteil und Voreingenommenheit lägen.

„Aber daß eine Partei, die auf konfessioneller Basis steht, durch konfessionelle Gesichtspunkte zusammengehalten

wird, und die dabei die konfessionelle Minderheit vertritt, daß diese Partei den ausschlaggebenden Einfluß ausübt im Deutschen Reichstag und diesen Einfluß mißbrauchen kann, wie das am 13. Dezember 1908 der Fall war, das halte ich allerdings für einen schweren Schaden. Ich glaube, das ist kein Glück für die religiösen Interessen der katholischen Kirche in Deutschland, und ich glaube, daß es ein Unglück ist für die politischen Interessen des ganzen Landes“.

Ueber die Reichsfinanzreform, wie sie jetzt gestaltet worden ist, äußerte sich Fürst Bülow dahin, daß sie nicht dem Bilde entspreche, das ihm vorgezeichnet habe. Es fehle ihr die klare Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, es fehlten die sozialpolitischen Gesichtspunkte und manches andere. Fürst Bülow erklärte zum Schluss, er scheide mit dem Wunsche, daß das deutsche Volk unter Ueberwindung aller Hindernisse und Gefahren in steigendem Wohlstand, in Sammlung und ungebeugter Kraft seinen Plan weiter verfolgen und seine Stellung in der Welt behaupten möge.

Dem neuen Reichskanzler v. Bethmann-Sollweg werden auch im Ausland vielfach Sympathien entgegengebracht. In der englischen Presse wird hervorgehoben, daß er die Sprache ihres Landes spreche und ein aufrichtiger Freund der deutsch-englischen Verständigung sei. Das hat übrigens der neue Kanzler noch vor kurzem bei dem Besuch der englischen Arbeiter in klarer Weise zum Ausdruck gebracht.

Der bisherige Reichssekretär Sydow ist Minister für Handel und Gewerbe geworden, und der bisherige Minister dieses Ressorts, Dr. Delbrück, ist zum Staatssekretär des Innern ernannt worden. Dieser rückte also in die Stellung ein, die vormals der wadere Graf v. Posadowsky und zuletzt Dr. v. Bethmann-Sollweg inne hatte. In sozialpolitischer Betätigung hatte Dr. Delbrück bisher schon Gelegenheit als Leiter der Bergverwaltung. Die Arbeiterschaft war davon aber nicht befreit. Im Reichsamt des Innern hat der Minister aber etwas mehr freie Hand als im preussischen Handelsministerium. Soffentlich hat er neben seinem Arbeitseifer auch den Ehrgeiz, hinter seinen beiden Vorgängern nicht zurückzustehen.

Der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Wermuth, ist an Sydows Stelle zum Reichssekretär bestellt worden. Das preussische Kultusministerium ist besetzt worden durch den bisherigen Oberpräsidenten von Brandenburg Herrn v. Trott zu Solz. Die rechte Hand Bülows, v. Loebell, ist Oberpräsident von Brandenburg geworden.

Die Minister stehen alle mit dem Kaiser in ungefähr gleichem Alter. Der Reichskanzler ist 53 Jahre alt, sein Nachfolger im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück 54 Jahre, Handelsminister Sydow ist 58 Jahre, Reichssekretär Wermuth 54 Jahre alt. In diesem Alter steht auch der neue Kultusminister v. Trott zu Solz.

Warten wir nun ab, wie die Dinge sich künftighin gestalten. Gern werden wir als eine nationale Organisation die Regierung unterstützen, wo sie vorwärts strebt. Aber immer wieder müssen wir die deutschen Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß sie es in erster Linie selbst sein müssen, die in Betätigung der praktischen Gewerksvereinsidee ihre Anerkennung durchsetzen und sich

zu höherem geistigen und wirtschaftlichen Wohl emporbringen. Die reaktionären Vorgänge der letzten Wochen auf steuerpolitischem Gebiete werden vom Volke nicht so bald vergessen werden. Die nächsten Wahlen werden das erkennen lassen.

### Streiks und Aussperrungen in Deutschland im Jahre 1908.

(Schluß.)

Von den 1347 beendeten Streiks hatten 206 gleich 15,3 Proz. vollen Erfolg, bei 437 gleich 32,1 Prozent wurden die Forderungen der Streikenden teilweise erfüllt, und 704 Streiks gleich 52,3 Proz. blieben ohne Erfolg. Am vollen Erfolg nahmen von den 68 392 Streikenden 7365 gleich 10,8 Proz. an dem nur bezüglich eines Teils der Forderungen erzielten Erfolge 28 429 gleich 41,6 Proz. teil; keinen Erfolg hatten 32 598 Arbeiter gleich 47,6 Proz. In den letzten 10 Jahren nahmen die Streiks folgenden Ausgang:

Jahr	Streiks		
	voller Erfolg	teilweise Erfolg	kein Erfolg
1899	25,7	33,3	41,0
1900	19,2	35,2	45,6
1901	18,9	27,0	54,1
1902	21,5	22,2	56,3
1903	21,8	32,3	45,9
1904	24,0	36,8	39,2
1905	22,0	40,4	37,6
1906	18,4	45,0	36,6
1907	16,5	41,0	42,5
1908	15,3	32,4	52,3

  

Jahr	Streikende		
	voller Erfolg	teilweise Erfolg	kein Erfolg
1899	18,8	52,2	29,0
1900	10,3	54,2	35,5
1901	15,9	33,4	50,7
1902	15,8	40,8	43,4
1903	16,3	45,8	37,9
1904	14,6	54,9	30,5
1905	6,1	30,0	63,9
1906	12,0	65,0	23,0
1907	10,0	52,9	37,1
1908	10,8	41,6	47,6

Aus den vorstehenden Verhältniszahlen ist ersichtlich, daß seit dem Jahre 1904 eine verhältnismäßig immer geringere Zahl der Streiks einen vollen Erfolg gehabt hat. Aber auch die Zahl der Niederlagen ist vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1906 anhaltend und nicht beträchtlich zugunsten der Zahl der Streiks mit teilweisem Erfolge, die von 1902 bis 1906 ständig gestiegen ist, gefallen. Erst in den letzten Jahren ist die Zahl der Niederlagen wieder im Steigen begriffen und die der Streiks mit teilweisem Erfolge wieder gefallen. Der Prozentfuß der Streikfälle, in denen die Arbeiter ihre Forderungen voll durchzusetzen vermochten, ist 1908 gegenüber dem Jahre 1907 zurückgegangen und war im vergangenen Jahre der niedrigste in der ganzen Periode. Beteiligt war am vollen Erfolge ein geringer Bruchteil mehr Arbeiter als im Jahre 1907, dagegen war der Prozentfuß der Arbeiter, die einen teilweisen Erfolg erzielten, 1908 gegen 1907 um 11,3 Prozent niedriger, die dem Prozentfuß der Arbeiter ohne Erfolg fast voll zuzielen. Diese Ziffern drücken deutlich die Ungunst der Verhältnisse aus, die auf dem Wirtschaftsleben im vergangenen Jahre lastete. Nur einmal — das Jahr 1905 ist auszuscheiden — in der 10 jährigen Periode wurde der Prozentfuß der Arbeiter, die keinen Erfolg erzielten, noch übertroffen; das war im Jahre 1901, in dem 50,7 Proz. der streikenden Arbeiter vergeblich in den Zustand getreten waren.

Von den im Berichtsjahre beendeten Streiks, die den Streikenden vollen Erfolg brachten, waren 147 (gleich 71,4 Proz.) Angriffstreiks mit 4930 Ausständigen in 457 Betrieben und 59 (gleich 28,6 Prozent) Abwehrstreiks mit 2435 Ausständigen in 83 Betrieben. Vollen Erfolg insbesondere hinsichtlich der Erhöhung des Arbeitslohns hatten von den erfolgreichen Angriffstreiks 87 mit 2758 Streikenden in 302 Betrieben, von den erfolgreichen Abwehrstreiks 1 mit 40 Streikenden in 3 Betrieben, zusammen also 88 Streiks mit 2798 Streikenden in 305 Betrieben. Unter den Streiks, die vollständig erfolglos verliefen, wurden 582 (gleich 82,7 Proz.) Angriffstreiks mit 26 236 Streikenden in 1188 Betrieben und 122 (gleich 17,3 Proz.) Abwehrstreiks mit 6362 Streikenden in 152 Betrieben gezählt. Zu den Streiks, bei denen die Streikenden bezüglich eines Teils ihrer Forderungen Erfolg hatten, gehörten im Berichtsjahre 377 (gleich 86,3 Proz.) Angriffstreiks mit 22 690 Streikenden in 2603 Betrieben und 60 (gleich 13,7 Proz.) Abwehrstreiks mit 5739 Streikenden in 291 Betrieben.

Von den Angriffstreiks mit teilweisem Erfolg hatten

- a) vollen Erfolg in bezug auf Erhöhung des Arbeitslohns 8 Streiks mit 209 Streikenden in 22 Betrieben;

- b) teilweisen Erfolg in bezug auf Erhöhung des Arbeitslohns 247 Streiks mit 13 389 Streikenden in 1500 Betrieben;
- c) vollen Erfolg in bezug auf Erhöhung des Arbeitslohns und vollen oder teilweisen Erfolg in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit 7 Streiks mit 161 Streikenden in 17 Betrieben;
- d) teilweisen Erfolg in bezug auf Erhöhung des Arbeitslohns und vollen oder teilweisen Erfolg in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit 50 Streiks mit 4320 Streikenden in 911 Betrieben;
- e) vollen oder teilweisen Erfolg in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit 5 Streiks mit 428 Streikenden in 14 Betrieben.

Von den Abwehrstreiks mit teilweisem Erfolg hatten

- teilweisen Erfolg in bezug auf Erhöhung des Arbeitslohns 5 Streiks mit 154 Streikenden in 8 Betrieben.

Was die im Vordergrund des Interesses stehenden Forderungen der Lohnerböhung und der Verkürzung der Arbeitszeit anlangt, so wurde die insgesamt 745 mal gestellte Forderung einer Erhöhung des bisherigen Arbeitslohns 88 mal (in 11,8 Proz. aller Fälle, in denen sie gestellt wurde) vollständig, 326 mal (gleich 43,8 Proz. der Fälle) teilweise und 331 mal (gleich 44,4 Proz.) überhaupt nicht durchgeführt, während die 183 mal angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit 10 mal (gleich 5,5 Proz. dieser Fälle) in vollem Umfange, 110 mal (gleich 54,6 Proz.) nur zum Teil und 73 mal (gleich 39,9 Proz.) überhaupt nicht erreicht wurde. Unter den insgesamt 437 Streiks mit nur teilweisem Erfolge wurden 260 (gleich 59,5 Proz. dieser Kategorie) gezählt, die den Streikenden vollen oder teilweisen Erfolg in bezug auf die Erhöhung des Arbeitslohns, 5 (gleich 1,1 Proz.), die ihnen vollen oder teilweisen Erfolg in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit, und endlich 57 (gleich 13,0 Proz.), die den Beteiligten vollen oder teilweisen Erfolg in bezug auf beide Forderungen gebracht haben.

Von den 1347 Streiks fanden 958 gleich 71,1 Prozent durch Verhandlungen ihr Ende, und zwar 497 gleich 52,0 Proz. durch Verhandlungen unmittelbar zwischen den Parteien, 63 gleich 6,6 Proz. vor dem Gewerbegericht und 398 gleich 41,4 Proz. durch Verhandlungen unter Vermittlung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen. — 347 gleich 25,8 Proz. der Streiks beschäftigten die Polizei und 253 gleich 18,8 Proz. die Staatsanwaltschaft.

Von den Aussperrungen wurden im Jahre 1908 177 beendet, die sich über 1758 Betriebe verbreiteten und 43 718 Arbeiter betrafen. Gegenüber dem Vorjahre mit seinen 246 beendeten Aussperrungen ist im Berichtsjahre eine Verringerung der Zahl der Aussperrungen zu beobachten. Es wurden gezählt:

Jahr	beendete Aussperrungen	betroffene Betriebe	Beschäftigte	Ausgesperrte
1899	28	427	8 290	5 298
1900	38	607	22 462	9 085
1901	38	298	7 980	5 414
1902	51	948	18 705	10 305
1903	70	1 714	52 541	33 273
1904	120	1 115	36 312	23 760
1905	254	3 859	188 526	118 665
1906	298	2 780	152 449	77 109
1907	246	5 287	129 563	81 167
1908	177	1 758	81 286	43 718

Von den 177 Aussperrungen des Berichtsjahres entfielen 91 auf Preußen, 86 auf die übrigen Einzelstaaten. Von den preussischen Provinzen waren es die Rheinprovinz (28), die Provinzen Hannover (13), Westfalen (13) und Hessen-Rhassau (12), auf die mehr als 10 Aussperrungen entfielen. Bei den außerpreussischen Staaten trifft dies für Bayern (24), Sachsen (15) und Baden (12) zu.

Von den bedeutenderen Gewerbegruppen hatte im Berichtsjahre der Bergbau keine Aussperrung zu verzeichnen. In anderen Gewerbegruppen betrug die Zahl der beendeten Aussperrungen, die der betroffenen Betriebe, sowie die Zahlen der in diesen Beschäftigten und der Ausgesperrten:

	beendete Aussperrungen	betroffene Betriebe	Beschäftigte	Ausgesperrte
Industrie der Steine und Erden	14	33	1 695	1 108
Metallverarbeitung	7	13	2 368	1 004
Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate	22	50	42 848	18 239
Textilindustrie	21	140	15 149	11 054
Industrie der Holz- und Schnitstoffe	17	114	2 879	2 080
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	5	14	251	200
Bekleidungsindustrie	4	7	873	257
Baugewerbe	76	1 288	13 797	8 833
Handelsgewerbe	1	1	24	22

Beinahe die Hälfte aller Aussperrungen, 42,9 Prozent, kommt auf das Baugewerbe. Die höchste Zahl der durch Aussperrungen betroffenen Arbeiter findet sich dagegen in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, auf die 41,7 Prozent aller Ausgesperrten entfallen. Die Aussperrungen waren am vollständigsten in der Industrie der Steine und Erden, in der Textilindustrie und in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe.

Die Forderungen der Arbeitgeber betrafen: 91 mal Aufrechterhaltung des bisherigen Arbeitslohns (darunter 60 mal im Baugewerbe, 9 mal in der Textilindustrie, 5 mal in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe), 29 mal Herabsetzung des bisherigen Arbeitslohnes (davon 8 mal in der Textilindustrie, 7 mal im Baugewerbe), 43 mal Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit (darunter 31 mal im Baugewerbe, 6 mal in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe), 4 mal Verlängerung der Arbeitszeit (und zwar 3 mal im Baugewerbe und 1 mal in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe).

Von den Aussperrungen hatten 100 gleich 56,5 Prozent vollen Erfolg, 69 gleich 39,0 Proz. teilweisen Erfolg, 8 gleich 4,5 Proz. keinen Erfolg. In den wichtigeren Gewerbegruppen war der Erfolg:

	Erfolg	Teilweise Erfolg	Kein Erfolg
Industrie der Steine und Erden	9	5	—
Metallverarbeitung	4	3	—
Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate	17	4	1
Textilindustrie	19	1	1
Industrie der Holz- und Schnitstoffe	9	7	1
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	4	1	—
Bekleidungsindustrie	3	—	1
Baugewerbe	25	48	3
Handelsgewerbe	1	—	—

Wegen unerlaubter Rauferei erfolgten am 2. Mai 1908 in 43 Fällen Ausschließungen von der Arbeit. Die Dauer der Ausschließung schwankte zwischen 1 und 12 Tagen. Im ganzen wurden 43 718 Arbeiter von der Ausschließung betroffen; davon waren 7896 Arbeiter unter 21 Jahren. — Wegen Beteiligung an der Märzfeier wurden drei Aussperrungen verhängt, 2 mal in Berlin (Dauer: 5 Tage, Beteiligung: 31 Personen) und 1 mal in Rixdorf (Dauer: 4 Tage, Beteiligung: 17 Personen).

Fast man die bezüglich der Streiks und Aussperrungen des Jahres 1908 ermittelten Zahlen zusammen, so ergeben sich folgende Gesamtzahlen: In 6532 Betrieben haben 112 110 Arbeiter infolge von Streiks oder Aussperrungen gefeiert. Von den 1524 Streiks und Aussperrungen haben in 804 Fällen (gleich 52,7 Proz.) die Arbeitnehmer keinen Erfolg erzielt.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 16. Juli 1909.

Das Reichsversicherungsamt konnte am 14. Juli auf die ersten 25 Jahre seines Bestehens zurückblicken. Die Errichtung des Reichsversicherungsamts erfolgte im unmittelbaren Anschluß an die Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes. Das Zentralblatt des Deutschen Reiches brachte über die Neueinrichtung folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 tritt das Reichsversicherungsamt mit dem heutigen Tage in Tätigkeit. Zum Präsidenten desselben ist der bisherige Geheimen Regierungsrat und vortragende Rat im Reichsamt des Innern Böttcher ernannt worden. Die Geschäftsräume befinden sich vorläufig Wilhelmstraße 74. Berlin, den 14. Juli 1884. Der Reichsstaatskanzler. In Vertretung: Ed.

Wilhelmstraße 74 befindet sich das Reichsamt des Innern. Einige ausgeräumte Büroräume wurden dem hochwichtigen Amte zur Verfügung gestellt. Schon am 1. Oktober 1884 mußten Büroräume in der Rinfstraße 17 bezogen werden. Es wurde später nochmals umgezogen, bis dann am 1. Oktober 1894 das eigene schöne Heim in der Kaiserin Augustastr. 25—27 bezogen werden konnte.

Der höchste Gerichtshof in Unfallsachen hat in diesen 25 Jahren manche Öffnung, die Unfallverletzte darauf gefest hatten, erfüllt, weit größer aber ist die Zahl derer, die vergeblich gehofft. In den ersten Jahren fielen die Urteile meist sehr viel günstiger aus als dies später geschah. An der nötigen Objektivität läßt es dieser höchste Gerichtshof wohl auch jetzt nicht fehlen. Immerhin hat es manchmal den Anschein, als ob der Einfluß der Berufsgenossenschaften sehr viel stärker gemacht sei, als der Einfluß, den die Arbeiterschaft auf das Amt ausüben vermag. Jedenfalls bedürfen die Arbeiter einer Vertretung ihrer Rechte vor dem Reichsversicherungsamt durch einen erfahrenen Arbeitervertreter. Das hat auch der Verband der

Deutschen Gewerksvereine zu allen Zeiten anerkannt. Sowohl der verstorbene Verbandsanwalt, als auch unser Verbandsvorsitzender und andere Kollegen, haben in zahlreichen Fällen unfallverlektete Verbandskollegen vor dem Reichsversicherungsamt vertreten. Dann neigten sich diese Fälle so stark, daß der Verband dafür eine besondere Stelle schaffen mußte, die zuerst dem verstorbene Kollegen staton übertragen wurde, dessen Nachfolger dann zunächst unser Verbandsredakteur Kollege Levin wurde, dem dann im Amte der gegenwärtige Inhaber der Stelle, Kollege Erkelenz, folgte.

Im Reichsversicherungsamt folgte auf den hochverdienten Dr. Hödiker, Geheimrat Gabel und diesem wieder der gegenwärtige Präsident Kaufmann.

Wenn es gelingt, die neue Reichsversicherungsordnung durchzuführen, dann scheidet das Reichsversicherungsamt als Refusinstanz aus und wird dadurch in seinen Aufgaben erheblich eingeschränkt. Offenlich gelingt es, die zur Reichsversicherungsordnung auch in diesem Punkte durch den Zentralrat gemachten Verbesserungsvorschläge zur Geltung zu bringen.

**Der Idealismus** steht in der deutschen Arbeiterchaft heute unergleichlich viel tiefer als in der großen Zeit des Beginnes der deutschen Arbeiterbewegung. Die Schuld an dieser überaus traurigen Erscheinung trägt die Sozialdemokratie mit ihrer materiellen Geschichtsauffassung. Das Interesse der Arbeiter wurde immer und immer wieder nur auf die materiellen Dinge des Lebens gewiesen. Mochte ein Mensch auch noch so ideal geinnt sein, in der sozialdemokratischen Agitation war er nichts als ein elender Nicht, wenn er nicht zur Sozialdemokratie sich rechnete. Gar viele ideal geinnte Menschen sind ihres Idealismus dadurch beraubt und ins reaktionäre Lager getrieben worden. Jetzt rächt sich diese einseitige Beherrschung der Massen an der Sozialdemokratie selbst. Die „Einigkeit“ weist auf diese Tatsache hin:

„Einer jahrzehntelangen einseitigen, materialistischen Erziehung seitens des sozialdemokratischen Führertums ist es gelungen, aus den Köpfen des arbeitenden Volkes alle Ideale zu verbannen, alles Feuer revolutionärer Leidenschaften zu dämpfen und nichts übrig zu lassen, als das Streben nach den primitivsten, materiellen Verbesserungen des Alltags. In demselben Maße jedoch, als die ideale Begeisterung erloschen und verfliegen ist, schwanden auch Opfermut und Kampfesfreude. Dies ist mit einer der wesentlichsten Ursachen, weshalb der deutschen Arbeiterchaft gar kein Unternehmen mehr glücken will.“

„Deututage ist es so: was sich nicht rechnerisch nachweisen, sich nicht aus einem Bult von Statistiken folgern läßt — das findet kaum eine Beachtung mehr. An die Stelle der Begeisterung, die den Wunsch und den Willen der einzelnen angeregt und angepörrt hat, ist die kalte, nüchterne Zahl getreten, die man wegen ihrer Größe vielleicht bestaunt oder wegen ihrer geringfügigkeit behörrt, die aber noch nie den Willen zur Tat erweckt hat.“

„Unsere Betrachtung würde nicht vollständig sein, wenn wir nicht noch eines „Ibels“ gedenken würden, das in hervorragender Weise neuerdings gepflegt wird: es ist dies die Jagd nach einem von Arbeitern bezahlten Beamtenposten innerhalb der Partei und Gewerkschaft. In allen diesen Organisationen findet man ansehnliche Herden von Beamtenaspiranten, deren ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet ist, sobald als möglich unter Dach und Fach zu kommen. Wenn einer in den Versammlungen, ohne dabei im geringsten etwas zu riskieren, ein paar Mal das Maul aufgerissen hat, glaubt er schon ein Recht auf Versorgung erworben und den Befähigungsnachweis dafür erbracht zu haben. Natürlich ist solchen Leuten der Sozialismus keine Herzenssache, sondern höchstens der Deckmantel für ihre eigenen selbstsüchtigen, materiellen Interessen. Die Beamtenstelle, das ist ihnen der Spöb — häufig ein ziemlich feister — in der Hand, das sozialistische Endziel, die Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitalismus, die Taube auf dem Dach.“

Leider hat diese Veränderung idealer Begeisterung auch auf breite Teile der nichtsozialdemokratischen Arbeiterchaft abgefärbt. Das muß wieder anders werden. Die deutschen Arbeiter müssen sich aufraffen, um den sozialistischen Materialismus zu überwinden und sich wieder das Herz warm machen für große ideale Ziele. Der marxistische Sozialismus ist wissenschaftlich überwinden, der laßt keinen Spund mehr hinter dem Ofen fort, geweihe denn, daß er einen denken. Den Arbeiter noch begeistern könnte. Die deutschen Arbeiter müssen im Sinne der Gewerksvereine von aufrichtiger Liebe für das ganze Volk und seinen geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt und für eine großgügige Entwicklung des vaterländischen Gedankens erfüllt werden. Dann wird wieder ein großer Zug in die Arbeiterbewegung kommen und dann wird auch die Zeit

sicher kommen, wo das deutsche Volk keine so traurige Tragödie wider zu erleben hat, als sie uns in den Reichstagsverhandlungen der letzten Woche vorgeführt worden ist. Der Schlange der Reaktion, der geistigen wie der wirtschaftlichen, würde eine starke begeisterungsfreudige, nationalgeinnte Arbeiterchaft den Kopf zertröten. Die heutigen logenannten Nationalgeinnten führen unser Volk und unser stolzes Vaterland ins Verderben. Allein an einem wahrhaften, starken Nationalismus der deutschen Arbeiterchaft kann das Volk wieder gesund und sich und das Vaterland zu den höchsten Höhen höchstentwickelter Kultur empöringen.

**Das Hamburger Gewerkschaftshaus** berichtet über eine erhebliche Verminderung des Verbrauchs von Bier und Wein. Der Umlatz an Branntwein blieb derselbe. Es stieg aber der Verbrauch an alkoholfreien Getränken. Zur Deckung des Verlustes durch Umlatz an alkoholfreien Getränken ist die Herstellung alkoholfreier Getränke im eigenen Betriebe und die Erhebung eines Beitrages von 20 Pf. pro Mitglied und Jahr zur Unterhaltung des Gewerkschaftshauses in Aussicht genommen.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der Steinarbeiter in Mülhbach, bei dem weit über 100 Gewerksvereiner beteiligt sind, dauert noch fort. Wir müssen der Streikleitung aber den Vorwurf machen, daß sie bereits seit 8 Tagen keinerlei Mitteilnahme nach hier hat ergehen lassen. — Am Bremer Tivoli-Theater streiken die Choristen der Operette. Die Chorführer an den Theatern und Opern sind meist überaus schlecht bezahlt. — In Oldenburg waren die Maler seit 17 Wochen ausgepörrt. Unter Mitwirkung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe ist nun ein Ausgleich zustande gekommen. — In München haben die Konditoren mit der Innung einen Tarifvertrag abgeschlossen. Als Lohn gelten 23 Mk., wovon 13 Mk. für Kost und Logis abgerechnet werden. Es wird angestrebt, das Wohnen im Hause des Prinzipals zu befreien. — Im Dezember und 14 Tage vor Ostern sollen Ueberstunden mit 30—50 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Für die Ueberstunden in anderer Zeit sollen in der ruhigen Zeit Freistunden gewährt werden. — In Hamburg sind die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe gescheitert. — In Magdeburg steht ein Teil der Tischler im Streik. — Ueber den Betrieb des Meisters Neumann (Stahlgießerei), auf den Westfälischen Stahlwerken in Bochum, ist die Sperre verhängt worden, weil dieser Meister die Stücklöhne bis zu 50 Prozent herabgedrückt haben soll.

In 10 Landgemeinden vor Paris ist ein Zustand der landwirtschaftlichen Arbeiter ausgebrochen. Es handelt sich in der Hauptlage um landwirtschaftlichen Gemüsebau, der auf den Kieffeldern der Stadt Paris betrieben wird. Auf einem der Pariser Stadtgemeinde gehörenden Dominium streiken gegen 300 Arbeiter. Das bisherige Gehalt betrug monatlich 120 Frs. und freie Kost. Verlangt wird eine Zulage von 30 Frs. Die deutschen Arbeiter wären glücklich, wenn sie es zunächst erst zu ähnlichen Löhnen gebracht haben würden. Bis dahin wird noch viel Koff auf dem Felde wachsen können. — Infolge eines Streiks beim Bau eines Kraftwerks sind von den Unternehmern der schwedischen Wege- und Wasserbau-Industrie 1000 Arbeiter ausgepörrt worden. — In England wird ein Sympathiestreik der Bergarbeiter zur Unterstützung der schottischen Kameraden erwogen. — Die bei den Aufräumungsarbeiten im schweizerischen Druggwaldtunnel beschäftigten 120 Arbeiter haben erklärt, daß sie 6 Stunden lang nicht arbeiten könnten, weil sie sehr unter dem zunehmenden Arbeitsgeruch der durch Verhüttung getöteten Arbeiter zu leiden hätten. Länger als 4 Stunden könne eine solche Arbeit nicht ausgehalten werden. Nach einigem Zögern bewilligte die Direktion diese Forderung.

Am letzten Sonntag tagte in Kulmbach der 3. Vertretertag der liberalen Arbeitervereine Oberfrankens. Es kamen 1500 Mitglieder zur Vertretung. Es wurde beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, die Anschluß an eine gewerkschaftliche Organisation suchen, aufzufordern sind, in die Deutschen Gewerksvereine (G.D.) einzutreten.

Für eine möglichst starke Flotte war Abg. Dr. Naumann bisher lebhaft tätig. Jetzt wirft er in der „Silke“ die Frage auf, wer in Zukunft das Wort von den „tragfähigen Schultern“ noch glauben solle, auf die seit 1887 bei jeder Militär- und Flottenvorlage hingewiesen worden sei. „Wir haben für die Flotte agitiert, indem wir die Reichserbschaftsteuer forderten. Jetzt wird die ganze

Flotte indirekt bezahlt, denn auch Latonsteuer und Schessteuer sind Gewerkeabgaben einzelner Volksteile und keine allgemeinen Besitzabgaben. Unter den stärkeren Schultern waren die agrarischen Schultern, und diese haben jede Belastung abgeworfen. Es wird nicht möglich sein, nach dieser Finanzreform jemals wieder für die Flotte zu agitieren, ehe nicht eine Reichserbschafts- oder Vermögensteuer eingeführt ist. Was soll man denn jetzt den Börem im Lande sagen? Soll man sagen, daß die Flotte den deutschen Besitz schüßt, wenn der Besitz nichts für sie gibt? Das wird sich im Jahre 1911 zeigen, wenn der Bauplan der Flotte erneut zur Beratung stehen wird. Dann wird Leipzig die Hände ringen über die nationale Dummheit vom Sommer 1909.“

**Spießbuben** gibt es in jeder Gesellschaftsschicht und in jeder Organisation. Vor kurzem machte der „Regulator“ darauf aufmerksam, daß ein Sprottauer Schriftföher, der als Kassierer des deutschen Metallarbeiterverbandes den Betrag von 1625,12 Mk. Kassengelder unterschlagen und dafür von der Strafkammer zu Glogau mit Gefängnis bestraft worden ist. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ und die sozialdemokratische Presse, die vielfach nur mit der Schere redigiert wird, drucken den gleichen Salm auch ab, nämlich, daß im Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter noch größere Summen unterschlagen worden seien. Der „Regulator“ weist nach, daß dies nicht der Fall ist. Es könnten für das angezogene Jahr 1907 nur 1007,43 Mark als veruntreut betrachtet werden, also noch 618 Mk. weniger, wie der Sprottauer Schriftföher schon allein unterschlagen habe. Es ist recht müßig, sich über diese bedauerlichen Vorgänge zu streiten. Man kann darüber nur tiefen Abscheu empfinden. Was aber den „Regulator“ ganz mit Recht veranlaßt hatte, auf den Sprottauer Fall einzugehen, war die in der Tat interessante Tatsache, daß der Metallarbeiterverband für die in seiner Organisation vorkommenden Unterschlagungen vorzüglich gedruckte Rückzahlungsscheine auf Lager hält. Das läßt immerhin erkennen, daß diese Druckföhe doch öfter in Gebrauch genommen werden muß.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ führte dann noch einen Fall Kl. in Zittau an, der trotz ausgeführter Unterschlagungen, die er durch ein Darlehen bei einem Unternehmer gedeckt habe, in Amt und Würden geblieben sei.

Der „Regulator“ stellt fest, daß dieser Kl. schon längst nicht mehr Mitglied des Gewerksvereins ist und daher auch kein Grund vorliege, sich weiter um diesen Fall zu kümmern. Das Geld sei tatsächlich zurückgezahlt worden. Der Organisation kann es im übrigen auch gleichgültig sein, ob der, der Arbeitergeher unterschlagen hat, das Geld bei X oder Y vorgibt, die Hauptfrage ist doch schließlich, daß das Geld wieder der Kasse zugeführt wird.

England und Frankreich sind in einen Staatsvertrag über die Unfallentschädigung von Arbeitern eingetreten. Dieser Vertrag bedeutet, daß dieselben Leistungen, die England französischen Arbeitern gewährt, Frankreich den englischen Arbeitern zuteil werden läßt.

Ähnliche internationale Arbeiterversicherungsverträge gibt es bereits mehrfach, nämlich: Frankreich und Italien (15. April 1904); Frankreich und Belgien (21. Februar 1906); Frankreich und Luxemburg (27. Juni 1906); Belgien und Luxemburg (15. April 1905); Deutschland und Luxemburg (2. September 1905); Deutschland und die Niederlande (27. August 1907). Vergl. L. Kap. Die Staatsverträge über Arbeiterversicherung. Zu beziehen durch das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Nollendorffstr. 29—30. Preis 50 Pf.

In der freien Republik Frankreich haben die Gesetzgeber dadurch zuerst für sich selbst gesorgt, daß sie sich reichliche Diäten bewilligten. Ein Abgeordneter bekommt 15 000 Francs Jahresdiäten. In England gibt es gar keine Diäten und im deutschen Reichstag nur 3000 Mk. Nun haben die französischen Sozialisten aber ihren Abgeordneten die Pflicht auferlegt, von dem Diätenreichtum jährlich 4000 Francs in die Parteikasse zu geben. Im Landesauschuß der Partei kam am 11. Juli zur Sprache, daß 14 sozialistische Abgeordnete diese Pflicht veräußern und die Diäten für sich allein verbrauchten. Jules Guesde, der radikale Führer, erklärte, wenn die 14 nicht zahlten, würde auch er und seine Freunde nichts mehr in die Parteikasse abführen.

Die führende sozialistische Zeitung „Humanité“ ist schon wieder einmal pleite. Als vor einigen Jahren schon es sehr schlecht um das Blatt stand, opferte auch die deutsche sozialdemokratische Partei einen ansehnlichen Beitrag, es waren wohl 20 000 Mark, die „Humanité“ wieder auf die Beine zu

bringen. Nun hat der Landesauschuss der französischen Sozialisten beschlossen, 250.000 Francs neues Betriebskapital aufzubringen, woran aber die Bedingrate geknüpft ist, daß die Partei im Aufsichtsrat eine Schlüsselrolle einfließen erhält. Das soll heißen, Herr Zaurès hat sich unter die Herrschaft des Herrn Guesde zu stellen. Ob Herr Zaurès nicht dann lieber auf diese Hilfe Verzicht leistet?

Uebrigens läßt es tief bliden, wenn dem Hauptorgan der französischen Sozialisten immer wieder der Atem ausgeht.

Das im blutigen Kampfe wiedergeborene türkische Parlament sucht nun seinen Ruhm darin, reaktionäre Beschlüsse zu fassen. Es hat nämlich einen Gesetzentwurf angenommen, der es den türkischen Arbeitern verbietet, sich in Berufsvereinen zu organisieren. Sind denn die türkischen Parlamentarier so weit hinter ihrem Halbmond zurück, daß sie nicht begreifen können, wie schwer sie damit das Ansehen ihres Parlaments herabgesetzt haben? Die Arbeiter werden um ihr Recht den Kampf führen. Die türkischen Gesetzgeber hätten wissen können, daß auch in den anderen Ländern, die gleiche Kurzsichtigkeit übten, der Sieg des Koalitionsrechts doch nicht dauernd zurückgehalten werden konnte. Muß es denn immer erst blutige Köpfe setzen, ehe man ein natürliches Recht zur Anerkennung kommen läßt?

In Budapest wird im Oktober d. J. ein Arbeitergymnasium eröffnet. Die Anregung hierzu ging von einem Budapestiner Kasino aus, dessen Mitglieder den Plan unablässig betrieben. Das Protokoll hat der Staatssekretär Viktor Molnar übernommen. Es scheint uns hier etwas Ähnliches geschaffen zu sein wie durch unsere verstorbenen Dr. Max Strich in der Humboldt-Akademie errichtet worden ist. Es wäre sehr interessant, später wieder zu erfahren, ob die Budapestener Arbeiter ausreichendes Interesse für die Einrichtung betätigen, so daß sie von dauerndem Bestand sein kann.

### Gewerkevereins-Teil.

**§ 1. Einleitung.** (Allgemeine Arbeitsnachweis-Anstalt). In dem herausgegebenen Tätigkeitsbericht für das 15. Vereinsjahr, 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909, erfahren wir, daß von Seiten der Arbeitgeber die Inanspruchnahme der Anstalt in der Berichtzeit geringer geworden ist, als im Vorjahr, dagegen bei den Arbeitnehmern gestiegen ist. Nach dem zahlenmäßigen Bericht über die Wirksamkeit der Arbeitsnachweis-Anstalt im abgelaufenen Geschäftsjahre gingen in dieser Periode 79.877 Gesuche ein, gegen 78.077 im Vorjahr.

Auf die männliche Abteilung entfielen davon 64.040 Gesuche, und zwar 19.846 gemeldete offene Stellen und 44.194 der Arbeitssuchenden. (Im Vorjahr 21.198 bzw. 39.892). Auf 100 offene Stellen kamen also 231 männliche Arbeitssuchende (188,9 im Vorjahr). Es erhielten durch Vermittlung der Anstalt 18.630 männliche Personen Beschäftigung (20.114 im Vorjahr). Daburh wurden 41,7 pCt. Gesuche der Arbeitnehmer befriedigt (gegen 51,1 pCt. im Vorjahr).

Auf die weibliche Abteilung entfielen 15.837 Gesuche, und zwar 8278 gemeldete offene Stellen und 7559 der Stellenfindenden. (Im Vorjahr 9702 bzw. 7700). Es erhielten 6487 weibliche Personen Arbeit beim. Stellung. (Im Vorjahr 6894). Daburh wurden 85,2 pCt. Gesuche der Arbeitnehmer befriedigt (gegen 88,5 pCt. im Vorjahr). Auf 100 offene Stellen kamen in dieser Abteilung durchschnittlich nur 91,3 Stellenfindende.

Was die Berufsgruppen anlangt, so überwiegen bei den gemeldeten offenen Stellen wie bei den Arbeitssuchenden die Zahl der ungelerten Arbeiter und bei ihnen die Zahl der Tagelöhner über 16 Jahre. Bei der weiblichen Abteilung die Zahl der Mädchen für alle Arbeit, wie der Wäscherinnen und Putzfrauen. Von gelerten Arbeitern besonders Schlosser und Mechaniker, Maurer, Putzger, Steinhauler, Aufreißer, Maler, Schreiner und Dachbeder. Die Gesuche der Arbeitnehmer bleiben einen Monat vor-gemerkt.

Die Vermittlungstätigkeit der Anstalt hat sich denn auch im Berichtsjahre nicht gehoben; im wesentlichen ist dieses der noch immer ungenügenden wirtschaftlichen Lage zuzuschreiben. Aber auch die Errichtung des Arbeitgeber-Arbeitsnachweises für die Metallindustrie am 1. Januar wirkte hier vielfach fördernd. Ueber diesen Arbeitsnachweis brachte die Monatschrift des Verbandes deutscher Arbeitgeber-Arbeitsnachweis als eine derjenigen Einrichtungen bezeichnet wurde, die berufen seien, im wirtschaftlichen Kampfe als Machtmittel zu dienen. Ein persönlicher wie schriftlicher Annäherungsversuch, den die Anstalt unternahm, wurde glanzvoll zurückgewiesen; es wurde davon Abstand genommen, sich über die Gründe der Errichtung zu äußern, und auch die Ueberlassung der Drucksachen wurde ohne nähere Begründung verweigert. Inset Ortsverband hat nach jener Errichtung auch direkt Stellung dagegen genommen. In einer abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde dieser Nachweis ins rechte Licht gerückt.

Nach Verlegung der Anstalt in das seit Anfang 1909 in Angriff genommene städtische Gebäude für sozialpolitische Zwecke soll für das Gastwirtschaftsgewerbe ein Facharbeitsnachweis angegliedert werden, um den Mißständen der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung auf dem Gebiete der Vermittlung von Gast- und Schankwirtschaftspersonal entgegen zu treten.

**§ Oberhausen (Rhd.).** Am 11. Juli fand hier eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung statt, in welcher Kollege Giese in Duisburg über das Thema: Die Notwendigkeit der Berufsorganisation referierte. Der Vortrag war sehr wirksam. Freizeitschichten und Lohnarbeiter einerseits, neue Wehrung der Lebensnotwendigkeiten andererseits, das sei die Signatur der heutigen wirtschaftlichen Lage. Zahlreiche Arbeiterfamilien litten große Not. Gerade in dieser Zeit habe sich so recht gezeigt, daß den deutschen Arbeitern eine starke Berufsorganisation im Sinne der Gewerkevereine dringend not tut. Ein schriftlicher Auflösungsbescheid sei vollständig ab. Viele Arbeiter traten in die Gewerkevereine ein. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine wurde sodann die sehr gut besuchte und erfolgreiche Versammlung geschlossen.

### Verbands-Teil.

**I. Sitzung über eingesandte Sammelgelber für die im Streit befindlichen Steinarbeiter (Baubandwerker) in Mühlbach in Waben.**

**Frauen und Mädchen:** Döbeln Nr. 3, Gagnau 3, 06. **Grasbüchse Berufe und Maler:** Frankestraße 3, 05. **Holzarbeiter:** Nowawes 3, Rosen 3, Spandau 3, Wartenbrunn 3. **Maschinenbau- u. Metallarbeiter:** Leo-

poldehall 5. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Berlin N. 6, Breslau 1 5, Gagnau 15, Jastram 3, Leipzig 5, Pirmasens 10, Traubberg 3, 75. **Textilarbeiter:** Bad Sulza 3, Cottbus 15. **Töpfer:** Graubenz 5, Witten 5. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Finsterwalde 10. **Grünerbände:** Bunzlau 5, Jena 10. **Zusammen 129,50 Ml.**  
Berlin, den 16. Juli 1909.  
Rudolf Klein, Verbandskassierer.

### Berichtungen.

**Berlin. Ortsverband der Deutschen Gewerkevereine (G.D.).** Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. 3m Juli und August fallen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach dem Festen Mittwoch, 8. September. — **Gewerkevereins-Liederfest (G.D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunden im Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distrikterklub Moabit.** Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Radau, Waldstraße 58. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Die Versammlung am 17. Juli fällt aus, dafür am Montag, 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbau, Greifswalderstraße 221/223. Monatsbericht. Antrag auf Unterstützung für den besonderen Fonds. Regulatorporto. — **Bildhauer.** Montag, 19. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung Dresdenerstraße 10 bei Preuß.

**Leipzig. Deutsche Handbillsarbeiter: Versammlung.** Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Eigenstraße, statt.

### Orts- und Bezirksverbände.

**Nagau (Distrikterklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distrikterabend bei Leuchter, Ecke Hansemannplatz und Jägerstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Hüttmanns Hotel, Boollstr., Distrikterabende. (Distrikterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Rapp, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distrikterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbörsenweg 26. statt. Gäste will. — **Köln (Distrikterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Kolping“, Elfergasse. — **Hamburg (Distrikterklub).** Jeden 2. u. 4. Mittwoch u. Monat bei Rapp, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distrikterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Falenamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — **Walsheim-Kreis (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Witt Job. Müller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distrikterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Britzerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liederfest).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und kinnbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißensee a. S. (Gesangsabteilung der Gewerkevereine).** Übungsstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 - 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsübende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Iserlohn (Distrikterklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Boerde u. H. (gegenüber Ostde. band).** Sonntag, 18. Juli, nachm. 5 Uhr, Auskündigung beim Witt Schöber in Hespethal. — **Pippstadt (Ortsverband).** Sonntag, 25. Juli, nachm. 8 1/2 Uhr, Verbandsversammlung in Pippstadt. — **Hilms. a. N. (Ortsverband).** Sonnabend, 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Saal von Goldenen Engel, Wengengasse, öffentliche Berf. Was haben wir als freiwirtschaftlich-nationale Arbeiter für uns gegen den neugegründeten „Gansbaum“ zu sagen? Referent: Arbeitersekretär S. Barnhölz-Ull.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

### Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Ml., 100 Exemplare 6 Ml., 200 Exemplare 10 Ml., 500 Exemplare 28,50 Ml., 1000 Exemplare 45 Ml.

### Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Ml., 12 Stück 2,65 Ml., 20 Stück 4 Ml.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzugeben. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsbillett erfolgen.

### Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen u. a. s. d. n. e. s. t. e. n.

und billigsten bei  
Th. Berkop, Oppeln.

**Eisenach u. Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer Edmund Harimann, Eisenach, Wiesenstr. 18.

**Halle (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Laube, Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

**Döbeln.** Durchreisende erhalten in der Bergerie „Zur Heimat“ freies Nachquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Heu gel in Etzlers Kohlenhandlung, Zwingenstraße, zu entnehmen.

**Freiburg i. Schl. (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgeschenk bei ihrem Ortsverbandskassierer ausgegibt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Berger, Wilhelmstraße 10.

### Zusatz-Krankens-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse des Gewerkevereins der Deutschen Konditoren, Pflanzkünstler und verwandter Berufsgruppen.

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 123, St. Berlin.)

laut § 24, 8. Abschnitt, sowie II. und III. Reichsgesetz, findet am Sonntag, den 29. August 1909, vorm. 10 Uhr, im Verbandsbau der Deutschen Gewerkevereine, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223, die

### ordentliche Generalversammlung

statt. Anträge sind spätestens am 1. August an den Schriftführer einzusenden.

Die Tagesordnung wird den Mitgliedern zugestellt.

**Der Vorstand.**  
J. A. Franz Raping, Schriftführer,  
Berlin N. 87, Prenglaue Allee 18, v. III.

**Primmkau (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung. Markenausgabe beim Kol. R. Adam, Logauerstr. 18.

**Gera, R. i. E. (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcherstraße 5.

**Nabeberg (Ortsverband).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsgeschenk beim Ortsverbandskassierer H. Habedant, Neuhelmstraße 10 I.

**Ubersch a. N. (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern. Bergerie und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Hosen“, Marktpl.

**Dortmund (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsverbandsgeschenk im Gewerkevereinsbureau, Königshof 19. Außerdem erhalten dieselben durchreisende Former 75 Pfg. von der Former-Belton. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.